

Saale-Zeitung.

Hinftundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 Spalten Kolonnen...

Ercheint täglich...

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle...

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich...

Für unentgeltlich eingetragene...

Verantwortlicher Redaktions-Beamter...

Nr. 155.

Halle a. S., Sonnabend, den 1. April.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“...

Das Ausland über die Kanzlerrede.

Die letzte Kanzlerrede im Reichstag hat in der ausländischen Presse ein vielstimmiges Echo gefunden.

„Mit Mannesworten und gesunder Vernunft hat Dr. v. Bethmann Hollweg die vagen Allgemeinheiten durchschlagen...“

Auch in Paris hat die Rede des Reichskanzlers über die Rüstungseinschränkungen, die von den meisten Blättern in großer Ausführlichkeit wiedergegeben wird...

bezeichnet die Kanzlerrede als nützlich, um gewisse unverbesserliche Schwärmer in Frankreich und England von ihren Illusionen zu heilen...

Der Etat des Reichskanzlers im Reichstag.

160. Sitzung vom Freitag, 31. März. Am Tische des Bundesrates: v. Aderken-Wächter, Wermuth, Kraetzle, Wilsa, Wahnischke.

Der Etat des Reichskanzlers. (Zweiter Tag.)

Abg. Dr. Franz (Soz.): Die Rede des Reichskanzlers wird nach 50 Jahren als Kuriosität anerkannt werden.

Der Fall Heydenbrand wird wohl bald zu einem Fall Beilmann werden.

Irgend einen Grund, uns zu begreifen für den Kanzler finden wir in dieser Episode nicht. Er wäre wohl nicht so leicht geworden, wenn er sich hätte vorbereiten können.

Mit der Fortschrittspartei

haben wir kein Bündnis auf Leben und Tod geschlossen; wohl aber wollen wir in vollem Ernst mit ihr die Reaktion bekämpfen.

dem haben Herr Bassermann und Herr Niemer diesen Vorwurf hier wiederholt. Gegen eine solche Handlungswelt, ist man natürlich wehrlos.

Die Rede Bassermanns

hat nicht dazu beigetragen, das Niveau des Reichstages zu heben. (Große Unruhe links.) Der Redner bepricht dann die Erträge der Steuerreform...

Das Geld des Handelsbundes

gefallen werden kann. (Bassermann Widerspruch links; Beil rechts.) Wenn der Abg. Bassermann so spricht, wie gestern, wenn das minorum gentium alles erzählt werden!

Charakter einer Kampfrede

gehabt. (Stromsche Rede links; Reim.) So bin mit wohl der

Beantwortung bewirkt; meine Partei hat diesen Kampf nicht ge-
wollt. (Gelächter links.) Erst durch die Reden der Hgg. Wasser-
mann und Wieser sind wir dazu gezwungen worden. Wir sind
eine Schmachtlige. Wenn man uns angreift, dann ist die Pflicht
uns, das Gebot des Selbstschutzes zu befolgen. Es ist unsere
Pflicht, für Aufrechterhaltung des Status quo zu sorgen. (Lachen links.)
Wir kämpfen gegen den revolutionären Sturm mit der Sieges-
gewissheit, die uns von einem guten Gewissen und regen Willens-
kraft gegeben wird. (Großes Beifall rechts, Hohngelächter links.)
Während der Rede des Hohen Weiskopf ist der Reichstagsleiter
im Saal erschienen.)

× **Hg. Fürst Hohenhausen (Rp.):** Der Reichstagsleiter hat die Ab-
sicht zu ergreifen. Er hat sich nicht kategorisch gegen
jeden Abstrich abgelehnt, sondern es nur abge-
lehnt, seinerzeit Vor schläge zu machen, wenn ich ihn recht ver-
standen habe. In Wirklichkeit sind wir in der Sache gar nicht
so sehr verschiedener Meinung. Auch in dieser Frage hat sich der
Reichstagsleiter als ein Typus erwiesen. Nur so kann
man in der auswärtigen Politik Erfolge haben. Wir haben volles
Vertrauen zur Leistung unserer auswärtigen Politik. Deutschland
steht geschäftlich in der Welt da; von einer Einseitigkeit ist
nicht mehr die Rede. Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet,
wenn nicht die polemischen Ausführungen Wassermanns
über die Finanzreform gewesen wären. Meine politischen
Freunde haben an dem Zustandekommen der Finanzreform ent-
scheidend mitgewirkt und wir sind daher auch verant-
wortlich für die Art, in der sie zustande kam. (Sehr richtig!)
Auch wir hätten gewünscht, daß sie in anderer Weise zustande
gekommen wäre. Ich habe damals schon ausgesprochen, das Schlimme sei,
der Ausschluss der Liberalen von der Mitarbeit. Von unserer
Seite soll wahrlich nichts geschehen, neues Geld ist besser zu ge-
ben. Die bürgerlichen Parteien haben natürlich Bedenken zu tun,
sie sind geneigt zu sein. (Sehr wahr!) Aber die Behauptung,
daß man diese Finanzreform nicht hätte machen dürfen,
entspricht nicht den Tatsachen. Die Handelskammerberichte,
die Aufnahme der Sparfahrsenlagen usw. sprechen für die Finanz-
reform und für unsere Wirtschaftspolitik. Der Hg. Wasser-
mann hat gestern mit Recht betont, daß diese Partei in allen nationalen
Frage nicht verlagert habe. Aber zur Erfüllung der nationalen
Arbeiten gehören gute Finanzen. (Sehr richtig! rechts.) Wir
haben die Voraussetzung schaffen helfen, Heer und Marine zu be-
zahlen. Nur der kann sich rühmen, eine nationale Politik zu treiben,
der diese Vorbedingungen geschaffen hat. Meine politischen
Freunde werden es sich nicht zur Ehre anrechnen und in der Ge-
schichte der Parteien wird es ein Ehrenmal für sie sein, beim
Zustandekommen der Finanzreform die wertvollen Lehren zu tun,
zu haben, wenn die Art der Zustandekommens auch nicht allen
unseren Wünschen entsprach. Auch in der Stellung der Parteien
zu einander, auch bei den Entscheidungen werden meine politischen
Freunde es nicht für vornehmliche Aufgabe sein lassen, den Partei-
geist zurückzuführen und das Wohl des Staates und des nationa-
len Ganges voranleuchten zu lassen. (Beifall.)

× **Hg. Wassermann (nl.):** Die Rede Wassermanns war durch-
aus nicht unmotiviert. Wir haben in wieweitigerer Weise allen
unseren Rednern bei der allgemeinen Beratung des Etats den
Auftrag gegeben, keine Kriegsgedenken gegen die Kon-
servativen zu halten. Namentlich mein Freund Dr. Hoffmann
hat im Abgeordnetenhaus eine Friedensrede gehalten, trotzdem
hieß es Herr v. Bieberstein für nötig, eine uns verlegenden
Antwort zu geben. Die geliebten Worte des Kaisers waren keine
Bekämpfung der verschiedenen Regierungen gegenüber dem patriotischen
Wert dieser Finanzreform. Der 17. September hat ja auch der
Kaiser ausdrücklich abgelehnt, in den Streit der Parteien über
die Reform einzugreifen. Im übrigen haben auch wir nie ge-
leugnet, daß die Finanzreform die Finanzen aufbereitet haben,
wohl aber, daß ihre Folgen im Lande segensreich gewesen seien.
(Sehr richtig! links.) Die Rede des Grafen Weiskopf war wahrlich
nicht geeignet, das Niveau des Reichstags zu heben. (Zustimmung
links.) Gehen Sie ins Land und fragen Sie die Zigaretten-
und Tabakindustrie, welches die Wirkung der Finanz-
reform gewesen ist. (Unruhe rechts und links.) Haben Sie ja
mitgemacht! In allen Ecken und Enden hören Sie auf die Ta-
felfache, daß gerade der Mittelstand unter dieser Tafelfache zu leiden
hat. Ihr Bauernweinnonak hätte die Mittel- und Kleinrentner
ausgeschaltet. Fragen Sie sie über die Praxis der Spirituszentrale.
(Beifall links.) Das ist Ihre Mittelstandspolitik! (Unruhe
rechts.) Bei der Bekanntmachung, meint Herr Graf
Weiskopf, seien die Interessen auf der rechten Seite nicht zu haben
genommen; im Lande hört man's anders! Der Vermittler
des Kontingents sieht die gesetzliche Festlegung des Brennrechts
und der Ausschlag jeder künftigen Kontingentierung gegenüber,
die Konzentration beherrschender Rechte! Graf Weiskopf wollte den
Hg. Wassermann widerlegen und er zitierte fortwährend die Aufzucht
im Lande. Der Redner geht auf einzelne Punkte der Finanz-
reform ein. Es ist damals ein Spiel mit uns getrieben worden
und mit den konservativen Deuten im Lande, indem man uns ein-
zuweilen verführte, daß die Wertungsteuer ein Erlös für die
Erbschaftsteuer sein sollte. Nicht darauf, ob 150 oder 100 Millio-
nen direkter Steuern kam es an, sondern wir sagten uns: wenn
die Kosten der Finanzreform auf die Arbeiter abgewandt werden,
dann ist es erforderlich, daß auch der Volk ganz im allgemeinen
sein besonderes Scherlein daneben auf sich nimmt. Graf Weiskopf
sprach, um das Niveau des Hauses zu heben, das Wort, die Natio-
nalliberalen hielten es für unangenehm, die Millionen zu bewilligen,
wenn nur die Parteimitglieder nicht Schaden litten! Wir zer-
wahren uns dagegen und nehmen für uns in Anspruch, aus rein
patriotischen Motiven diese Finanzreform abgelehnt zu haben.
Und wenn Graf Weiskopf meinte, uns bliebe nur das Geld des
Bankrottes übrig, nun, wir haben Ihnen nie einen Vorwurf
daraus gemacht, daß Sie sich an Ihre Freunde wenden, um die
Wahlen machen zu können. Und wenn Graf Weiskopf uns einer
parteilichen Tat für unfähig hält, die Konservativen aber für
hohlerer — nun das fällt mir ein, daß die Konservativen keine
Bürgerlichen Gelehrten die Erklärung abgeben ließen, daß sie nicht
für Befähigung des Hauses sorgen könnten, wenn die Be-
stimmung über den Hafenschaden nicht fiele. (Hört, hört!
links.) Wir haben gegenüber der Sozialdemokratie unsere Pflicht
getan — in Handbuchs-Erdin, in Friedbergs-Bündigen, in Gießen
(Hört, hört! bei den Soz.) das können Sie noch öfter von uns
hören —, nach nie haben Sie von nachgebenden Parteifreunden
von uns ein Wort gehört, das den Schluß zuließe, daß wir bei
Sich mahnen müßten, die konservativen und die Sozial-
demokraten unsere nationale Pflicht nicht zu tun,
aber ich will mich vernehmen, eine Reihe von Veränderungen von
konservativen Parteiführern in diesem Sinne anzuhören. Wie
können Sie (nach rechts) eigentlich noch im schwarzen Blau
sitzen, mit dem Zentrum, das doch nie Klarheit über sein Verhältnis
zur Sozialdemokratie gegeben hat. Auch wir hatten unsere
Partei für eine nationale Nationaldemokratie und werden uns erlauben,
bei den Wahlen für unsere Partei zu sorgen; wie gehen auch in
bezug auf die Sozialdemokratie mit bestem Gewissen in den
Wahlkampf als Sie auf der Rechten. (Gelächter rechts.) Nachdem
wir mit allem Nachdruck überall erklärt haben, daß wir am Schluß-
punkt stehen, wird das jetzt wiederholt! (Zuruf: recht! Bünd-
nis! das die Reichstagen Redner sind (Gelächter rechts),

dann wüßte doch bei Ihnen die Zahl besser noch, die über das
Programm hinausgehen. Aber sind wir für den Freizinn verant-
wortlich? Bereuen wir Ihnen vor, daß Sie bei Ihrem satifischen
Bündnis mit dem Zentrum die evangelische Freiheit über Bord
werfen? (Unruhe und Lachen rechts. Hg. Baum-Freitag ruft:
Wir haben kein satifisches Bündnis mit dem Zentrum!) Wir
haben nie das Zentrum ausschalten wollen (Gelächter rechts und
im Zentrum), nur seine Fortschrittlichkeit brechen. Wir wissen genau,
daß wir in absehbarer Zeit freie liberale Wera herbeiführen
werden. Aber wollen Sie es leugnen, Herr v. Heppbrand, daß
es beflagenswert war, daß große Teile der Bevölkerung von der
Mitwirkung an der Gesetzgebung ausgeschlossen waren. (Lachen
rechts.) Ist das Bild mit dem Tage des Bilow die die
nicht ein ganz anderes geworden? Als an dieser Stelle ein süd-
deutscher Demokrat sprach, Herr v. Pögel, und mit Worten, wie
wir sie so wirksam nie sonst gehört, von Preußens Größe sprach?
War diese Stunde nicht groß genug, das Band aufrecht zu erhalten,
eine neue bürgerliche Gemeinde?

(Gelächter rechts.) Der Redner äußert sich zum Schluß zur
einstufigen Frage. Auch bei uns sind einzelne
Bedenken vorhanden, aber wegen des Scheiterns, den ein Scheitern
der Vorlage jetzt in Gesetz-Verhängnis aufrufen würde, werden wir
für das Gesetz stimmen. Wir erwarten dabei, daß der Bundesrat
in Zukunft, wenn wieder Opfer erforderlich ist, nicht der Mei-
nung ist, daß die Opfer unter allen Umständen Preußen tragen
muss. Wir gehen mit gutem Gewissen in den Wahlkampf, weil
wir niemals Vorteile für uns erwartet haben. (Gelächter rechts.)
Es war der schwerste Tag für uns, als wir die Finanzreform ab-
lehnen mußten, weil unsere politischen Freunde im Lande von
uns positive Arbeit gemohnt sind; wir werden sie weiter leisten.
(Beifall bei den Partii.)

Die Freunde der
Saale-Zeitung
werden gebeten, auf ihren
Reisen in Hotels und
Restaurants überall
nachdrücklichst die
„Saale-Zeitung“
zu verlangen.

× **Hg. Dr. Roewe (kon.):** Herr Wassermann hielt eine
Wortrede, Herr Hoffmann eine Rede. Die Nationallibe-
ralen dulden in ihren Reihen niemanden, der unsere wirtschaf-
tlichen Aufschwünge teilt. Uns können Reden, wie die Wasser-
manns, nur recht sein. Der Redner geht ausdrücklich auf die Fi-
nanzreform ein und sucht die Notwendigkeit der neuen Laufen nach-
zuweisen. Eine Partei, die den Handhab und unterstellt und den
Bauernbund gegründet hat, kann sich nicht wundert, wenn die
Bauern sich gegen sie wenden. Die Nationalliberalen wollen zer-
fallen. Sie spielen die Kleinen gegen die Großen aus. Sie
werden aus den Wahlen zerklüftet zurückkommen. Sie haben ein
enges Bündnis mit der Volkspartei, die schrittweise Lebensmittel-
und Industriezölle aufheben will. Sie regen das Volk auf und zer-
reißen die Einheit der bürgerlichen Parteien. Wodurch bekämpft
der Handhab die Sozialdemokratie? Durch Festsetzung unerer
Wirtschaftspolitik. Klären Sie ab von den Parteien links, dann
werden Sie das Mißtrauen beseitigen, sonst nicht. Ich kann nicht
sagen: Mag, heiße bei mir, denn ich glaube, Mag ist schon zu sehr
auf Lüge gekommen. (Sehr richtig! rechts.)

× **Hg. Hoffmann (Rp.):** Diese seitige Auseinandersetzung
zwischen Nationalliberalen und Konservativen ist die härteste Cha-
rakterisierung der gegenwärtigen Lage. Herr Roewe sprach von
einem Rückzugsgesetz, mein, es ist ein Vorkampfbesetz vor der
großen Hauptschlacht, vor der Sie Angst haben. (Lachen rechts.)
Darum schieben Sie die Wahlen um ein Jahr hinaus, bauend auf
das schließliche Gedächtnis der Wähler. (Lachen rechts.) Wir gehen
in den Kampf mit feiter Entschlossenheit und festem Mut. Sie
predigen gegen den Materialismus und lehnen die Erbschaftsteuer
ab, lassen aber Ihren Hülfsstruppen Propagandagelder auf
Reichstagskosten, lassen sich Kalkül. (Starker Beifall.) Bei dem jetzigen
Stehen der kämpfenden Kräfte werden die letzten Reichstagsler dem
anderen ein Lärmgeschrei zufließen. Sie werden Ihre Niederlage er-
leben, die liberalen Forderungen werden durchgesetzt werden, trotz
aller Ihrer Hemmnisse. (Großes Beifall links.)

Von der Rechten und dem Zentrum wird ein Schluß-
a- t- r- o- eingebracht und gegen die Linke angenommen.
× **Hg. Dr. Franz (Soz.)** stellt fest, daß es durch den Schluß
der Debatte dem Reichstagsleiter unmöglich geworden sei, das Wort
zu nehmen. (Stürmische Heiterkeit.)
× **Hg. Strejmann (nl.):** Die Konservativen haben einen
Schlußantrag gestellt, nachdem ihr Redner ausschließlich die natio-
nalliberalen Fraktion angegriffen hat.
× **Hg. Ledebour (Soz.)** beantragt besondere Abstimmung
über das Gehalt des Reichstagsleiters, damit die Mitglieder des
Hauses, die zu der Erkenntnis gekommen sind, daß der Reichstagsleiter
absolut unfähig ist, sein Amt zu führen, das zum Ausdruck bringen
können. (Große Unruhe, Heiterkeit und Wis-Weise. Vizepräsident
Dr. Schulz ruft den Redner zur Ordnung.)
Das Gehalt des Reichstagsleiters wird gegen die
Sozialdemokraten und gegen die Liberalen bewilligt. Die Resolutionen
werden angenommen, einstimmig der beiden freisinnigen Reso-
lutionen über Erbschaftsteuer und Wahrung; die weitergehende
Resolution der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Der Etat des auswärtigen Amts.
× **Hg. Pfeiffer (Zl.)** weist auf die bedrohlichen deutschen
Handelsinteressen in Finnland hin und führt Beschwerde über den
deutschen Konsul in Alaska, der die Interessen eines Münzberger
Kaufmanns nicht genügend vertreten habe.

× Staatssekretär v. Aderstein-Wächter erwidert, daß von dem
Fall in Alaska nichts bekannt sei. Russland hat schon jetzt die
Möglichkeit, Finnland einzuverleiben. Es sollen in Finnland
noch immer die alten Zölle, die allerdings in einigen Punkten er-
höht sind. Wir haben uns gegen Uebertragungen gefordert.

× **Hg. Dr. David (Soz.)** Das Verbrechen, das am finnischen
Volke begangen werden soll, fordert den Protest der gesamten
zivilisierten Welt heraus. Leider machen Sympathien sehr wenig
Eindruck auf die maßgebenden Männer in Petersburg und höfent-
lich ist der Moment nicht fern, wo dieses Schandentgeltung an
seiner eigenen Fülle zum Ausdruck. Der Redner bringt zwei
Fälle zur Sprache, in denen durchreisende Oesterreicher an der
holländischen Grenze schießend behandelt sein sollen. Wenn der
Staatssekretär ein Mann würde, dann würde er in die das An-
sehen Deutschlands schwer schädigende Folgepolitik wie ein
Donnerwetter hineinblasen.

× Staatssekretär v. Aderstein-Wächter: Es handelt sich
in diesem Falle um die Eingeklinkten jüdischen Fremdenpolitik,
die das Reich nichts angeht. Der Reichsleiter-ungarische Bot-
schafter hat nur einiger Zeit bei uns angefragt, wie die Sachen
bei uns stehen. Wir haben beim preussischen Minister des Innern
angefragt. Das ist alles, was wir tun konnten.

× **Hg. Dr. Goerde (nl.)** rühmt die Tätigkeit der deutschen
Konsuln im Auslande und betont die Wichtigkeit der Schlußfrage
im Auslande, besonders in China. Der Redner begründet einen,
von ihm in Gemeinschaft mit dem Hg. Eichhoff (Rp.) und von
Hieber (Rp.) eingebrachten Antrag, der den Fonds zur Förderung
deutscher Schul- und Unterrichtswecke im Auslande von jetzt
900 000 Mark auf eine Million erhöhen will. Weiter betont der
Redner die Dringlichkeit eines Gesetzes über die Reichsangehörig-
keit.

× Staatssekretär v. Aderstein-Wächter: Das Gesetz ist von uns
aus vollständig fertiggestellt. Mit Rücksicht auf die Geschäfts-
lage des Hauses ist darauf verzichtet worden, es noch dem Hause vor-
zulegen. Die noch nicht erledigten Reklamationen stammen sämt-
lich aus dem südafrikanischen Kriege. Sie sind von der englischen
Regierung abgelehnt worden. Wir haben daraufhin an die eng-
lische Regierung den Antrag gestellt, es der schiedsrichterlichen
Entscheidung zu unterwerfen, ob das Rechtsfragen sind, die damit
der schiedsrichterlichen Entscheidung zuzuführen wären. Die An-
wort liegt noch aus.

× **Hg. Kaempf (Soz.)** erneuert die vorjährige Klage über
Behandlung deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Rus-
land in bezug auf Aufenthaltbeschränkung und Passvorschriften.

× **Hg. Franz-Rathor (Zl.):** Auch die katholischen Geist-
lichen haben Passhinterlegungen nach Russland.

× **Hg. Hoffmann (Rp.):** Das Passwesen und die Fremden-
politik unterliegen nach der Verfassung dem Deutschen Reich. Ueber
die Dabwischen Fälle dürfen wir wohl bis zur dritten Lesung auf
Antwort rechnen.

× **Hg. Dr. David (Soz.):** In den erwähnten Fällen handelt
es sich um keine preussische Angelegenheit.

× Staatssekretär v. Aderstein-Wächter: Wir sind informiert,
aber nur einseitig, und ich muß erst weitere Befehle fragen. Es
ist nicht richtig, daß wir den Passinhabern zwangsmäßig den
Judenstempel aufdrücken.

× **Hg. Kohl (Zl.)** bringt Paritätsbeschwerden in bezug auf
die Lehrerpflicht bei den Auslandschulen vor.

× Staatssekretär v. Aderstein-Wächter: Das können wir nichts
tun, denn diese Schulen stellen ihre Lehrkräfte selber an.

Der Antrag Eichhoff wird angenommen.

Der Etat des auswärtigen Amts wird erledigt.

Ein Beratungsantrag wird angenommen.
Sonabend 11 Uhr: Citatrefe, Schöpsam, Zille.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Das Feuerbestattungsgesetz gescheitert?

Die Abgeordnetenhauskommission für das Feuerbestattungs-
gesetz hat Freitag die zweite Lesung des Gesetzes vorgenommen.
Das Referat war das gleiche wie in der ersten Lesung; man
stellte zunächst den § 1 zurück und beriet den Entwurf von § 2,
§ 2 ist dahin abgeändert, daß die Genehmigung zur Feuerbestattung
Gemeinden und Gemeindeverbänden oder solchen Körperschaften
des öffentlichen Rechts, denen die Sorge für die Bestattung der
öffentlichen Begräbnisplätze obliegt, nur erteilt werden darf, sofern
die nach den bestehenden Staats- oder Kirchengesetzen erforderliche
Zustimmung der für die Körperhaft zuständigen Aufsichtsbehörde
vorliegt. Eine wesentliche Änderung gegenüber der Referats-
vorlage, die die Worte enthielt: „Genehmigung wird erteilt“ ist
dadurch nach Auffassung der Regierung nicht erfolgt. Die Regie-
rung sieht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Genehmigung
nicht verlagert werden kann, wenn die dafür bestehenden Voraus-
setzungen erfüllt sind. § 3 wurde gleichfalls angenommen. Die
darin vorgesehene Prüfung etwaiger Nachteile oder Befähigungen
wurde dahin interpretiert, daß im einzelnen Falle auch zu prüfen
sei, ob dieselben Befähigungen vorliegen, daß demgemäß durch die
Anfrage einer Kirche ein Verlangen nach Vorliegen könne. Die
§§ 4 und 5 wurden unverändert nach den Kom-
missionen des Reichstages in der ersten Lesung angenommen.
§ 6 erfährt eine redaktionelle Änderung dahin, daß die Ämter-
rolle in einem für jede Kirche besonders beschriebenen veröffentli-
chten Verzeichnis beizulegen sind. Zu § 7 lag ein konservativer Antrag
in folgender Fassung vor:

Zur Vornahme der Feuerbestattung ist in jedem Falle min-
destens 24 Stunden vorher die Genehmigung der Orts- oder Ge-
meindebehörde des Bestattungsortes einzuholen. Antragsberechtigt
ist jeder, Bestattungspflichtige; sie muß verlagert werden, wenn
nicht beigebracht sind: die amtliche Sterberrunde, die amt-
särztliche Bescheinigung, der Kadeweis der Anordnung durch den
Bestattungsorten und die betreffende Bescheinigung der Orts- oder Ge-
meindebehörde des Bestattungsortes.

Hierzu wurde von der fortschrittlichen Seite die Ent-
scheidung beantragt, daß die Genehmigung nur verlagert werden
dürfte, wenn die soeben genannten Dokumente nicht beigebracht
sind. Zur Begründung dieses Intertranz führte der Vertreter
der fortschrittlichen Volkspartei an, daß man die Orts- oder Ge-
meindebehörde souverän stellen würde als die oberste Regierungsinstanz
wenn man der letzteren die Möglichkeit gäwe, die Genehmigung
auch dann noch zu verlagern, sobald die erforderlichen Dokumente da-
gegen. Geschieht wurde der Antrag in der von den Konser-
vativen Angehörigen Fassung angenommen. § 8 kam gleich-
falls Annahme, in § 9 wurde der Absatz 2 in der Fassung des
Regierungsvorlage wieder beigebracht. Zu § 1 und zur Ueberführung
beauftragte die konservative Partei nochmals die Erhebung des
Wortes „Feuerbestattung“ durch „Bestattung“. Dem
Antrag wurde mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Mit dem
gleichzeitigen Stimmenverhältnis wurde auch § 1 abgelehnt. Aus-
wende fand die Gesamtabstimmung über das Gesetz statt
welche ebenfalls die Ablehnung mit Stimmengleich-
heit ergab.

Es hat das Gesetz Stimme von der deutschkonfessionellen Partei nur ein Mitglied, außerdem stimmten die Vertreter der Freikonfessionellen, Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei. Der Bericht über die Kommissionsverhandlungen soll während der Ferien fertiggestellt werden.

Die Annahme der Vorlage ist danach sehr zweifelhaft.

Hannover und der Kanal.

Aus Hannover, 31. März, wird gemeldet: Stadtdirektor Tramm nahm in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten Gelegenheit zu einer Erklärung auf die Vorwürfe, die im preussischen Abgeordnetenhaus in der Hofenfrage gegen die Stadt Hannover erhoben sind. Der Stadtdirektor betonte, man habe im Abgeordnetenhaus die geforderte Grundlage für den Bau der Kanäle verkannt. Die Stadt habe lediglich eine Garantie-Verpflichtung, der Hafenbau selbst ist ihrer freien Entscheidung überlassen, und es ist unrichtig, den lokalen Regierungsbehörden vorzuwerfen, daß sie der Stadt gegenüber nicht energig genug gewesen seien. Er halte im übrigen Punkt für Punkt von dem aufrecht, was er früher gesagt habe. Die Zentralfinzen in Berlin hätten die Stadt vier Jahre über ihre Pflichten wegen der Gestaltung der Kanäle in unklaren gelassen und dann die Tarife so gestakt, daß der Nordhafen tot gewesen sein würde. Neuerdings habe der Minister eine günstigere Tarifierung zugestanden unter der Bedingung, daß die Stadt sich rechtsverbindlich verpflichtete, den Nordhafen mit Anschlußgleisen zu bauen. Ob die Stadt diese Verpflichtung erfüllen könne, lasse sich heute noch nicht übersehen. An dem Osthafen, den der Umfischungsverkehr dienen sollte, habe die Stadt kein Interesse, sondern dieser Hafen könne nur gebaut werden auf Kosten der sämtlichen Garanten und des Staates. Wenn im Kanalgesetz eine solche Verpflichtung nicht vorgesehen sei, dann müsse diese Möglichkeit geschaffen werden. Der Kanal sei als ein Verbindungsstück zwischen Rhein und Elbe gedacht und aus politischen Gründen nur bis Hannover beschlossen. Die Stadt müsse deshalb mit einer Fortführung des Kanals rechnen und könne nicht gezwungen werden, die ungeheuren Kosten für die Hafenanbauten allein zu übernehmen.

Die Ausführungen fanden die allgemeine Zustimmung der städtischen Kollegien.

Parlamentarisches.

Die Kurpfalzkommission

führte am Freitag die Beratung des § 4 zu Ende. Er wurde in der Fassung eines Antrages fast ohne Änderungen, wonach die nicht approbierten gewerblichen Heilmittellisten den Bezug von Rezepten nur an solche Arzneimittel herstellen dürfen, die unter behördlicher Kontrolle stehen, ohne aber eine bestimmte Stelle angegeben. Hierzu gab die Regierung folgende Erklärung ab:

Es ist streng zu unterscheiden zwischen dem bloßen Verkauf von Heilmitteln und der Behandlung unter Abgabe von Heilmitteln. Das bloße Verkaufen von Heilmitteln durch Detailisten stellt eine Behandlung im Sinne dieses Gesetzes nicht dar. Das Gewerbe des Detailisten ist auf den Absatz von Waren gerichtet. Ein Verkäufer in dem Rahmen dieses Gewerbetreibers ist Verkauf, keine Behandlung. Selbst das Anpreisen eines Heilmittels, z. B. eines Präparates, eines Substitutes, fällt noch in den Rahmen des Verkaufsgewerbes. Eine Behandlung setzt erst dann ein, wenn der Verkäufer über den Krankheitszustand des Patienten eine Prüfung vornimmt und nach deren Ergebnis das zu verabreichende Mittel auswählt. Dem ist es gleich zu achten, wenn der Verkäufer die Prüfung zwar in Wirklichkeit nicht vornimmt, aber bei dem Verkäufer die Vorstellung erweckt, als ob eine solche Prüfung und eine daraufhin erfolgende Auswahl des Mittels stattfindet.

Die Erziehung für den Landtagsabgeordneten Kreiting, dessen Wahl für den vierten Berliner Wahlbezirk für ungültig erklärt worden ist, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg am Montag, 23. Mai, festgestellt. Die Wahlmänner-Ergebnisse sind auf Montag, 24. April, die engeren Urwahlen auf den 8. bzw. 15. Mai anberaumt worden.

Heer und Flotte.

Dreimal gerammt.

Das in der Nacht zum Donnerstag bei einer Übung in der Rieker Bucht vom kleinen Kreuzer „Dein“ gerammte Hochseeschnelboot „S 121“ hat bereits zweimal in ähnlicher Weise schwere Schaden erlitten.

Das erste Unglück, das trotz sehr vernünftiger Vorkehrungen hätte haben können, ereignete sich in der Nacht zum 14. April 1908 bei einer Nachübung des Verbandes der Schul- und Berufsschiffe in der pommerischen Bucht. Das Minenschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ ramnte „S 121“ und beschädigte es stark am Heck unter der Wasserlinie. Kaum wiederhergestellt barockierte in demselben Jahre noch bei den Herbstmanövern „S 121“ abermals nicht unerheblich, indem ihm beim Einlaufen in Ruyben infolge von Kollision mit einem Schlepper der Bug umgeben und die Steuerbordseite aufgerissen wurde.

Das Fahrzeug, das 1904 bei Schönow zu Wasser gebracht wurde, besitzt einen Verdrang von 470 Tonnen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Zur Jatho-Angelegenheit. Der Pfarzer Rodete ist wegen seiner Berliner Jatho-Rede vom Rönneberger Konsistorium verurteilt worden. Der „Evangelische Kirchen-Anzeiger“ teilt in offiziellem Druck mit, daß der evangelische Oberkirchenrat die Angelegenheit Jatho dem Spruch-Kollegium übergeben hat.

Einkommen unter 1500 Mark steuerfrei. Die sozialdemokratische Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hat einen Antrag für die nächste Sitzung gestellt, in dem der Magistrat ersucht werden soll, an den preussischen Landtag eine Petition zu richten, in der gebeten wird, das Kommunalabgabengesetz zu abändern, daß den städtischen Verwaltungen das Recht eingeräumt wird, von Einkommen von 1500 Mark und darunter keine Kommunalsteuer zu erheben.

Meineidprozess Schröder u. Genossen. Ein Telegramm aus Eilen berichtet: Nachdem die Angeklagten Schroeder und Genossen im Wiederabnahmeverfahren von der Meineidklage freigesprochen worden sind, hat das Landgericht nunmehr auf Antrag

des Rechtsanwalts Dr. Kiemer auf administrativem Wege entschieden, daß auch die in Zivilverfahren vorzubehaltenen und vorzuschaltenden Mangellagen der Freigesprochenen, Graf und Imberg, ebenfalls freigesprochen seien. Weiter hat nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ das Gericht die Entschädigungspflicht des Staates aus für die Interdiktionen dieser Freigesprochenen anerkannt.

Gehaltsaufbesserung der württembergischen Geistlichen. Der Zweiten württembergischen Kammer ging heute als letztes Stück der allgemeinen Gehaltsaufbesserung der Beamten die schon früher angelegte Vorlage über die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen über. Bei den evangelischen Pfarrern geht die untere Grundgehaltsstufe von 2400 Mark Anfangsgehalt bis 4700 Mark Endegehalt, die mittlere Gehaltsstufe von 2800 bis 4900 Mark, die obere von 2800 bis 5100 Mark. Dazu kommt freie Amtswohnung. Das Endegehalt wird nach dem 27. Dienstjahr erreicht. Das Pfändereinkommen der katholischen Pfarrer geht von 2500 bis 3900 Mark, hinzu treten außer freier Amtswohnung die Stofgebühren. Für 40 Pfarren in Städten sind Gehälter von 2700 bis 4900 Mark vorgegeben. Der gesamte Mehrumsand für Gehaltsaufbesserung der Geistlichen beträgt im Bezugsjahrsbudget 585 000 Mark.

Ausland.

Eine mexikanische Schlacht.

Aus New York wird gemeldet: Hier zirkulieren Gerüchte von einer neuen großen Schlacht bei Ures in der Nähe von Hermosillo in Mexiko, wo fünfzehnhundert Rebellen tausend Mann Regierungstruppen gegenüberstehen. Die Stadt San Rafael bei Ures liegt in Brand. Die bisherigen Verluste auf beiden Seiten und in der brennenden Stadt sollen tausend Mann betragen. Der Sieg ist anscheinend noch unentschieden.

Die Friedensverhandlungen verzögern sich, weil Madeto auf der Abdankung Diaz' und klarer Vertretung seiner Partei im Kabinett sowie auf einem Schiedspruch der Vereinigten Staaten besteht. Diaz erklärt, falls die Rebellen in den bisher vereinbarten Reformen nicht zufrieden sind und ungenügende Forderungen stellen, werde die Republik für die Rebellion erneut erklärt fortgesetzt werden. Die Befähigung, die Diaz für die Kongressberatung vorbereitet, wird die Zulage der Reformen und eine Amnestie für die Rebellion enthalten unter der Bedingung, daß die Waffenniederlegung in angemessener Frist erfolgt.

Unter den Fremden, die die mexikanische Regierungstruppen kürzlich in dem Kampfe bei Casas Grandes gefangen nahmen, befinden sich nach einer Meldung aus El Paso zwei Deutsche, Ferdinand Lieber aus Mainz und Friedrich Oberbücker aus Engelskirchen.

Die Lage in Albanien.

Die letzten Meldungen aus Albanien lassen erkennen, daß die Aufstandsbewegung sich immer weiter ausbreitet. Der „Tribuna“ zufolge, sollen die Keltungen von Skutari sich bereits in Besitz der albanischen Gebiete befinden. Der Ministerpräsident in Konstantinopel beschloß die Ablehnung von weiteren Verhandlungen. Auch eine Konstantinopeler Meldung läßt die verhängene Nacht ein Bataillon Infanterie und eine Maschinengewehrkompanie nach Skutari abgehen. Aus Skutari wurden Maschinengewehre und Kanonen ins Kastellgebiet beordert.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 1. April.

Die „Rosenkavalier“-Premiere in Halle.

„... Selig bin ich, — daß ich der Einzige bin, der weiß, wie du bist.“ — sagte am 26. Januar der Dresdener mit dem feurigen Otavian, als er aus der Premiere des „Rosenkavalier“ kam. Vier Wochen später gesellte sich zu diesem „Einzigen“ der Breslauer und der Magdeburger, und jetzt, nach abermals vier Wochen, vervollständigt der Halle'sche Theaterfreund das Ensemble der Richard Strauß- und Rosenkavalierschwärmer. — Jedenfalls war's ein ereignisreicher Abend gestern im Theater! Denn Richard Strauß kam uns musikalisch anders als früher! Er ist zur Melodie zurückgekehrt, zu jener Einheit von den Modernen so sehr verpönten und gehöhlten „Melodie“; das Ensemble ist wieder zu Ehren gekommen und mit ihm alle, was einst als „reaktionär“ verschrien den Weg in die Volksstube wandern mußte. Doch davon heute abend mehr! Mit diesen Zeilen soll kurz konstatiert werden, daß die Straußsche Komödie für Musik in 3 Akten auch hier in Halle einen unbestrittenen Erfolg hatte, daß die Aufführung in der Richardshofen, mit großem Geschma begabten Intenueuren dem Publikum gefiel und daß Sänger wie Musiker (unter Wörtes Führung) die Nothwendigkeit mit viel Anmut, Feinheit und echter Stimmung zum Siege führten. Leider hat man im 3. Akte die an anderen Bühnen eingeführten „Striche“ nicht auch hier akzeptiert. Wäre das geschehen, so würde der Totalerdruck zweifellos tiefer gewesen sein. W. G.

Rechtsanwalt und Handwerkskammer.

Ein hiesiger Elektromechaniker, der die Meisterprüfung nicht abgelegt hat, war von der Handwerkskammer wiederholt aufgefordert worden, drei von ihm gebaltene Lehrlinge zu entlassen oder aber sich der Meisterprüfung zu unterziehen bzw. einen zur Anleitung von Lehrlingen berechtigten Werkführer einzustellen. Da er den Aufforderungen nicht nachkam, erhielt er schließlich ein Strafmandat. Sein Einspruch gegen dieses wurde vom Schöffengericht verworfen.

Er hat nun die Handwerkskammer um eine Frist bis zur Ablegung der Prüfung oder zum Engagieren eines Werkführers. Die Kammer setzte ihm eine Frist von acht Tagen fest. Er erklärte darauf, daß sie ihm zu kurz; er

brauche wenigstens acht Wochen. Der Rechtsanwalt, der ihn in dieser Angelegenheit vertrat, schrieb der Kammer, so rigorose Vorschriften seien ihm nicht bekannt; er erlaube um Ueberwindung der Bestimmungen, nach denen die Kammer sich zu ihrem Verfahren für berechtigt halte. Er erhielt durch seinen Boten die Bestimmungen über die Lehrlingshaltung zugefandt, fand aber in ihnen nichts, das ihm die Maßnahme der Kammer zu begründen schien. Er setzte nunmehr eine Bescheidenschrift an den Regierungspräsidenten in Merseburg an. Er nannte darin das Verhalten der Kammer dem Mechaniker gegenüber „nicht gerecht, sondern schikanös“. Auch als gramlos und ungewöhnlich bezeichnete er es. Er bat, die Kammer in die Grenzen ihrer Befugnisse zurückzuweisen. Auch die Haltung der Kammer dem Anwalt persönlich gegenüber fand er „zum mindesten dreifach“ und empfand es als kränkend, daß die Kammer meine, ihn „mit einem gebildeten Mann“ abfinden zu können. Er erklärte aber, sich über dieses Verhalten nicht beschweren zu wollen.

Das Schreiben hatte für ihn die Folge einer Anklage wegen Verleumdung.

Ein vom Straßenerwerbsoffizien vorgelegener Vergleich scheiterte am Widerstand des Vorstandes der Handwerkskammer. Einer der Herren äußerte, der Rechtsanwalt sei in der ganzen Angelegenheit von vornherein zu schroff gegen die Kammer vorgegangen und habe den Mechaniker durch seinen Rat erst in seinem Widerspruch befestigt. Die Kammer sei in dem streitigen Falle lediglich ihrer gesetzlichen Pflicht sorgfältiger Lehrlingsüberwachung nachgekommen; sie sei sogar berechtigt, sofortige Lehrlingsentlassung leisten nicht geprüfter Meister, die ohne entsprechende Stellvertreter seien, zu verlangen.

Die Strafkammer erkannte an, daß der Rechtsanwalt in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er sei aber in einigen Ausdrücken zu weit gegangen, obwohl er als Anwalt doch zu doppelter Vorsicht verpflichtet sei und sich über den beleidigenden Charakter seiner Äußerungen hätte klar sein müssen. Das Gericht hat aber nicht sämtliche oben angeführte Ausdrücke als beleidigend an, sondern nur die beiden: „zum mindesten dreifach“ und „gedruckt schikanös“. Ueber die Bezeichnung „schikanös“ wurde gesagt, sie sei nach einer Rechtsgerichtshofentscheidung nicht ohne weiteres als Beleidigung aufzufassen. Erkennt wurde antragsgemäß auf eine Geldstrafe von 100 Mark.

Die Reichwertzuwachssteuer

tritt mit dem heutigen April mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab in Kraft. Die Steuer beträgt 10 Proz. bei einer Wertsteigerung von nicht mehr als 20 Proz. des Betrages, der sich aus dem Erwerbspreis und den Zinsen und Abschreibungen (§§ 10 bis 14a) zusammensetzt, 11 Proz. bei Wertsteigerung von 10—20 Proz., 12 Proz. bei 20—30 Proz., 13 Proz. bei 30—40 Proz., 14 Proz. bei 40—50 Proz., 15 Proz. bei 50—60 Proz., 16 Proz. bei 60—70 Proz., 17 Proz. bei 70—80 Proz., 18 Proz. bei 80—90 Proz., 19 Proz. bei 90—100 Proz., 20 Proz. bei 100—110 Proz., 21 Proz. bei 110—120 Proz., 22 Proz. bei 120—130 Proz., 23 Proz. bei 130—140 Proz., 24 Proz. bei 140—150 Proz., 25 Proz. bei 150—160 Proz., 26 Proz. bei 160—170 Proz., 27 Proz. bei 170—180 Proz., 28 Proz. bei 180—190 Proz., 29 Proz. bei 190—200 Proz., 30 Proz. bei 200—210 Proz., 31 Proz. bei 210—220 Proz., 32 Proz. bei 220—230 Proz., 33 Proz. bei 230—240 Proz., 34 Proz. bei 240—250 Proz., 35 Proz. bei 250—260 Proz., 36 Proz. bei 260 bis 270 Proz., 37 Proz. bei 270—280 Proz., 38 Proz. bei 280—290 Proz., 39 Proz. bei mehr als 290 Proz. dieses Betrages.

Die Steuer ermäßigt sich für jedes vollendete Jahr des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes um 1 Prozent ihres Betrages. Ist das Grundkapital vor dem 1. Januar 1900 erworben, so beträgt die Ermäßigung für die Zeit bis zum 1. Januar 1911 1 1/2 Proz. jährlich.

Steuerbeträge, die im ganzen unter zwanzig Mark bleiben, werden nicht erhoben.

Entlassungsfestern.

Am der Mädchen-Volksschule Halle-Giebichenstein (18.) hat die feierliche Entlassung der diesjährigen Konfirmandinnen gestern in der unteren Linnahalle statt. Der Festakt wurde eingeleitet mit dem gemeinsamen Gesang „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“ und der Berlesung des 23. Psalmes. Darauf richtete der Schulleiter, Herr Rektor Kämmer, herzlichste Worte des Abschiedes an die Scheidenden. Er knüpfte an das Sprüchlein „Zum Tugewort“ an und ermahnte zum Gottvertrauen, zu fleißiger und treuer Arbeit und zur rechten Bescheidenheit. Deklamationen und Chorgesänge umrahmten die einträusvolle Feste. Zum Schluß fand die übliche Zeugnis- und Prämienverteilung statt. Mit dem gemeinsamen Gesang „Unsern Ausgang segne Gott“ endete der Festakt.

Die Oberklassen der Schulen VII und VIII versammelten sich gestern mit ihren Lehrerkollegen, um 178 Konfirmanden den Abschied zu sagen. Diese Eltern und Angehörige nahmen an der schönen Abschiedsfesterei teil. (Erst dieser Tage hat der Tod wieder einen Lehrer aus ihrer Mitte gerissen, Herrn Albert Schönow.) Nach Berlesung des 90. Psalmes wandte sich dann Herr Rektor Sommer zum letzten Male an die scheidenden Schüler. Er gab ihnen herzlichste Segenswünsche mit auf den Lebensweg und ermahnte sie, draußen durch Fleiß und Tüchtigkeit, vor allem aber durch ihren Lebenswandel ihrer Schule Ehre zu machen. Die Chöre brachten mehrstimmige Gesänge nunterhaft zum Vortrage. Nach Verteilung der Zeugnisse und Prämien richtete Herr Loffe im Namen des Kollegiums noch einige Dankesworte an den Rektor, der heute 10 Jahre seinen Schulen vorsteht.

April-Immuna.

Lauf Vollzeiterfüllung müssen die Umlage nach Ablauf der Mietzeit wie folgt bewirkt werden: bei einem Jahresmietzins bis zu 300 Mark am 1. April bis 8 Uhr abends, bei mehr als 300 bis 600 Mark am 3. April 8 Uhr abends, bei mehr als 600 Mark am 4. April 8 Uhr abends.

Hierbei ist der Auszug derart zu fördern, daß der eingehende Mieter vom ersten Umzugstage an Sachen in die gemietete Wohnung schaffen lassen und ungehindert bis zum Ablauf der Mündungsfrist den Umzug vollenden kann. Zu diesem Zwecke muß bei den Wohnungen von 300—600 Mark am 1. Miettage mindestens die Hälfte, bei den Wohnungen über 600 Mark an jedem der drei Mündungstage mindestens ein Drittel der Räume zur Verfügung des eingehenden Mieters stehen. Zimmerhandlungen werden mit 30 Mark Geldstrafe bzw. mit verhältnismäßiger Haft geahndet.

Goldene Hochzeit. Am nächsten Sonntag begeht das Ehepaar Joseph Schmidt, 26. die Feier ihrer goldenen Hochzeit. Der kirchlichen Fest folgt eine Familienfeier in dem

Stadtmittelschule, Schmiedstraße 21, im Kreise der Familie und Freunde.

Reinverzeiher Verein (S. A.) — Verein techn. Beamten. Die nächste Monatsversammlung findet Sonntag, den 2. April 1911, nachmittags 3 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Schultze“, Metzburgerstr. 10, statt. Die reichhaltige Tagesordnung bringt u. a. folgende Punkte: Besprechung über Schaffung einer Sterbestatistik, Bibliothek, Prüfung und Begutachtung einer Anzahl bergtechnischer Gegenstände. Ferner hat Herr Dr. Ing. Loewer einen Vortrag: Ueber die technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, nach denen man Brauntobaken und Brauntobakenschiefer für industrielle Feuerungen zu bewerten hat.

Teppichhändler. Man schreibt uns: Vor einiger Zeit erschien in hiesigen Tageszeitungen eine Anzeige, in der eine Zwangsversteigerung „einer perthiger Teppiche“ angekündigt wurde. Diese Zwangsversteigerung ging von Berliner Teppichwebern aus, die damit auf diejenigen (speziellierten, die nicht alle werden. Der Stoff wäre wohl auch geeignet, wenn nicht vom Detailhändlerverband zusammen mit der Spinnereigewerkschaft für Handel und Gewerbe den Samen durch Aufstellung und Kartierung im Hausenlokal selbst eingekauft worden wäre. Die Käufer hatten das Recht, mit dem größten Teile ihres Vorrates Halle den Käufen gehen zu können. Alle Braunkohlenteile nach gehören die Herren deselben Konjunktur an, das vor Weinachten schon Halle und die Umgegend erbracht. In Chemnitz sind dieselben Maschinenfabriken von demselben Herrn Schöfberger, der in Halle als Wandgläubiger figurierter, vorgenommen worden, und auch in Leipzig haben anscheinend dieselben Herren unter der Flagge eines Herrn Max Günterfeld aus Wronke in Polen denselben Trick am 12. Dezember v. J. versucht, auf Grund einer widerrechtlichen Urkunde gegen einen Rohleinhändler, der angeblich der Behälter von etwa 70 perthigen Teppichen gemeldet sein sollte, ferner aber nur eine vorgegebene Nummer darstellte, die mit zu dem Konjunktur gehörte. Ein zweiter Trick wurde eingeleitet mit einer Annonce: „Localität! Große perthige Teppiche weit unter Preis, weil Reilmüller. Näheres unter Chiffre usw.“ Der Einkäufer der Annonce stellte sich als Verkäufer aus Konstantinopel vor, er sei gezwungen, zu verkaufen, weil sein Chef ihn mit dem Rechtsgeld im Stich gelassen habe. Auch in diesem Schwindelfalle wurde dem Herrn durch Detailhändlerverband und Spinnereigewerkschaft scheinunglos durch Hausausgeheuer. — Die Staatsanwaltschaft führt gegenwärtig Ermittlungen in der Sache.

Provinzial-Nachrichten.

Die Unterschlagungen des Stolberger Bürgermeisters.

Stolberg, 31. März. Durch die betrügerischen Manipulationen des Bürgermeisters Dr. Pampel, der sich nach Vertretung einer Bieremission Markt erhoffen hat, ist auch die Preussische Zentralgenossenschaftsliste in Mitleidenchaft gezogen worden. Die Preussische Zentralgenossenschaftsliste erklärt nun zur Frage der Schadenerschaft folgende:

Es ist ein Befehl der Stadtverordnetenversammlung von Stolberg, mit Amtssiegel versehen, genehmigt vom Magistrat und gleichfalls mit dem Amtssiegel des Magistrats versehen, in unseren Händen, daß die Sparkasse in Stolberg berechtigt sein soll, einen Kredit bis 150 000 Mark bei uns in Anspruch zu nehmen. Dies Geld ist in einem Verbrief an die städtische Sparkasse in Stolberg für deren eigene Rechnung, nicht an den Bürgermeister Pampel persönlich abgehandelt worden. Daraus ist zu folgern, daß, selbst wenn alle Unterschriften gefälscht sein sollten, die städtische Sparkasse regrechtfertigt gegenüber der Zentralgenossenschaftsliste ist.

Dieselbe Auffassung vertritt der Magdeburger Wandverein. Nach Mitteilung der Bank ist ihr die Stadtgemeinde Stolberg für die Beträge, die ihr Bürgermeister unterschlagen haben soll, rechtlich haftbar; diese Ansicht wird auch von den Juristen der Bank geteilt, so daß ein Verzicht für die Bank nicht zu erwarten steht.

Verdächtig verhaftet.

Magdeburg, 31. März. Heute früh gegen 5 Uhr wurde die 75 Jahre alte Witwe Braune in der Wohnung ihres Hauses Auguststraße 9 erstickt und zum Teil verbrannt aufgefunden. Die alte Frau hatte zu ihrer Bekleidung in der bemessenen Haube ein elastisches Hausmannsstrau und zum Heranziehen dieser Frau eine elektrische Klingel. Heute morgen um 1/2 Uhr löstete die Klingel. Als die Hausmannsrau die verschlossenen vorgefundene Korridor-tür geöffnet hatte, drang ihr Rauch und Petroleumgeruch entgegen. Im Schlafzimmer fand sie Frau Braune auf dem Bette liegend nach rückwärts vor. Hemd und Nachtschle waren vom Leibe heruntergerissen und hatten den Körper zum Teil angekohlet. Der Name der Aufwärterin ist noch den Tod der Frau Braune feststellen. Die alte Frau ist aus irgend einem Anlaß aufgefunden und hat die auf ihrem Nachtschle liegende Petroleumlampe (mit Glasfassin) angezündet. Beim Gehen nach dem gegenüberliegenden Tisch, wo der Lampenflügel lag, ist ihr die Lampe entfallen, das Glasfassin ist dabei zertrümmert worden und das Petroleum hat sich entzündet. Dabei ist auch die Kleidung der Frau in Brand geraten. Sie hat sich dann brennend auf Bett geworfen, wobei sie noch die Gefäßgegenstände gehabt haben muß, nach dem auf dem Nachtschle befindlichen Knopf der elektrischen Glode zu greifen.

Nach ein Steinfliegtrab.

Estleben, 31. März. Binnen kurzem ist in dem benachbarten Kolleben das zweite Steinfliegtrab aufgedeckt worden, diesmal auf dem Acker des Rittergutsbesizers Widde, auf dem sogenannten „Galgensbügel“. Seit voriger Woche sind unter wissenschaftlicher Aufsicht (Provinzialmuseum in Halle) Tag für Tag drei Arbeit Mann bei den Ausgrabungen beschäftigt. Da jedoch die Arbeiten jetzt vorfristig vorgenommen werden müssen, werden die Ausgrabungen noch verlässliche Tage in Anspruch nehmen; der Umfang der Ausgrabung dürfte sich auf circa 40 Quadratmeter und eine Tiefe von circa 2 Meter erstrecken. Gefunden wurden bis jetzt drei Skelette in hakenförmiger Stellung, die seitwärts lagen; ausgelegt ist das Grab mit lauter Steinen.

Ausgehörungen in Transportarbeiterstreik.

Hauen, 31. März. In Hauen und Reichenbach i. A. ist ein Teil der Transportarbeiter in den Ausstand getreten. Die Arbeiter fordern einen höheren Stundenlohn und eine Verlängerung der Arbeitszeit. Gestern haben sich nun einzelne der Streikenden an mehreren Stellen der Stadt Hauen Aus-

gehörungen gegen die Arbeitswilligen zu Studen kommen lassen.

Eine Anzahl der Streikenden der Firma Tuchsheerer lauerten in der Tischerei der Arbeitswilligen auf und bedrohten sie. Sie hielten die Pferde eines Wäbeltransportwagens der Firma an und verhinderten die Gefährlicher am Weiterfahren. Auf der Straße entlief ein großer Menschenauflauf, so daß die Polizei eingreifen mußte. In der Stellung der Firma Tuchsheerer in der Elsterstraße wurde von Wäbelwilliger Hand das Futtergarn durchgehenden Gebrauder Kupfer ist gemacht. Auch in dem Spinnereigewerkschaftsgebiet Kupfer ist nach einer größeren Anzahl von Arbeitswilligen beschlagnahmt. Als nun gestern auf einem Lastwagen dieser Firma eine Anzahl Wäbelstücke über die Straße transportiert wurden, wurden sie heimlich in der Mitte aufgeschüttet, so daß der größte Teil des Inhaltes auf die Straße fiel. Angefällte von Gebrauder Kupfer waren ferner damit beauftragt, mit zwei Wäbelwagen die Wäbel eines Gastwirts nach Trieb bei Jodela zu bringen. Um eine Anhöhe zu überwinden, spannte der Führer des zweiten Wagens seine Pferde dem erlichen Geschirr vor. Während nun der eine Wagen ohne Aufsicht auf der Straße hand, wurde die Diefel abgeholt und verschleppt. Es war nicht möglich, sie wiederzufinden.

Estorf, 31. März. (Flüchtlinge.) — Kriegerdenkmal. Am 21. März erhielt Estorf ein neulichmaliges neues Aussehen; sämtliche Straßen werden mit Treibstoff, Motoröl, gepflastert werden. — Die nun festsitzt, wird das von Direktor Köber gestiftete Kriegerdenkmal im Mai d. J. eingeweiht werden. Sämtliche Krieger, Militär- und Turnvereine von hier und Umgegend haben Einladungen erhalten.

Stettin, 30. März. (Zum Kupferbarren diebstahl.) In dem gemeldeten Diebstahl von Kupferbarren aus einem Güterwagen der Staatsbahn während der Fahrt nach Stettin nach Sonderleben wird noch berichtet: Der Diebstahl wurde in einem geschlossenen Güterwagen ausgeführt. Es ist also unmöglich, daß der Dieb, wie gerüchelt wurde, überhaupt wurde, unterwegs während der Fahrt auf den Wagen gesprungen sei. Vielmehr muß vermutet werden, daß er sich kurz vor der Abmeldung des Wagens in denselben einschleichen konnte hat. Jedenfalls hat er mit dem starken Rebel am Dienstag abend als einem feinen Unternehmen günstigen Umstände gesehnt. Seine Abfahrt war offenbar, die Barren nur an solchen Stellen hinauszuwerfen, wo der Bahndamm stark abfällt, ist, sie also weit hinunterrollen konnten. Dies gelang indessen nur teilweise, weil der Zug (der hier abends gegen 10 Uhr abfuhr) zu schnell als gemächlich fuhr. Daß der Dieb Mittelteil hatte, die über die Stellen, an denen er die einzelnen Barren aus der Lokomotive hinauswerfen wollte, genau orientiert waren, ist erwiesen. Als der Bahnhüter Personen, die am Bahnhof etwas zu suchen bezug aufzunehmen schienen, anrief, wurde ihm mit Drohungen genantwortet. Wie verlautet, hat die sofort eingeleitete Untersuchung bereits eine große Anzahl wichtiger Momente festgelegt, so daß die Ermittlung der rassisten zu Werke gegangenen Täter kaum noch zweifelhaft sein kann.

Fredeken, 30. März. (Die Bahnhaltstelle) ist gesichert, nur wird auf erhobenen Einspruch hin das Projekt ein anderes werden. Die Gemeinde hat 15 000 Mark Zuschuß zu seiner Ausführung zu zahlen.

Vermischtes.

Shreckliche Nacht.

Aus San Remo wird gemeldet: Ein gewisser Palmieri war als junger Burche wegen Mordes zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem er 22 Jahre in der Strafanstalt zuebracht hatte, reichte er ein Gesuch ein, aus Gesundheitsrücksichten entlassen zu werden. Das Gesuch wurde jedoch abgelehnt. Palmieri glaubte nun, die Befreiung des Gesuches sei auf den Antragsarzt zurückzuführen. Nachdem Palmieri noch mehrere Jahre in einer Zuchthausanstalt interniert war, führte er endlich dieser Tage in seine Heimat zurück. Hier tötete er seine Schwägerin aus Rache darüber, weil diese vor 24 Jahren gegen ihn unangenehme Aussagen gemacht hatte. Dann ludte er einen Gendarmen auf, der ebenfalls damals als Befreiungszeuge aufgetreten war, und erschoss auch diesen. Einen dritten Zeugen fand er nicht zu Hause und tötete dessen Gattin. Hierauf begab er sich nach dem Kirchhof, wo er sich eine Kugel in den Kopf schoß.

Feuer in der Schule.

Aus Newport wird gemeldet: In einer von annähernd 3000 Schülern besuchten höheren Lehranstalt in Newport ein Brand aus. Der Unfall der Lehrer gelang es, eine Panik zu vermeiden, so daß keinerlei Verluste an Menschenleben zu beklagen waren. Sie führten sämtliche Schüler unter dem Vorwande, daß es sich um eine der häufigen Feuergefahren-Lektionen handle, in voller Ordnung aus dem Gebäude. Erst auf der Straße merkten die Schüler, daß das Gebäude wirklich in Flammen stand.

Zum Durchschlag des Völsbergtunnels wird noch gemeldet: Freitag 3 Uhr 50 Minuten morgens erfolgte der Durchschlag im Völsbergtunnel. Die Arbeiter trafen von beiden Seiten unter großer Begeisterung zusammen. Die Völsbergertunnel bedeutet eine wichtige Zufahrt zum Simplon. Die Tunnelarbeiten begannen am 15. Oktober 1906. Die Länge des Tunnels beträgt 15 Kilometer 977 Meter. Das Nordportal befindet sich in Kanberst (Bern Oberland), das Südportal bei Goppenstein (Ranton Basile). Die Linie erreicht bei Brig die Simplontal. Trotz großer Schwierigkeiten erfolgte der Durchschlag nur der verhältnismäßig festgelegten Zeit.

Hilfe für die Wiener. Aus Straßburg berichtet man: Der Landesauswärtige bewilligte 500 000 Mark Unterstützungsgelder für notleidende Wiener, ebenso einen 50prozentigen Grundsteuerzuschlag für künftige Mähernten bis zur Neueinschätzung der Heben und den Betrag von 100 000 Mark für die Ueberlieferungen.

Eigenartige Schuldentilgung. Der ungarische Abgeordnete Jozsa Koton hatte seinen Bekannten in zahlreichen Telegrammen mitgeteilt, daß er durch einen Sprung in die Donau Selbstmord begehen würde. Man begab sich auf die Suche, fand ihn aber frisch und wohlbehalten in einem Hotel an. Gegen das Versprechen, daß man alle seine Schulden bezahlen werde, gab er sein Ehrenwort, daß er sich kein Leid antun werde.

Letzte Nachrichten.

Kaiser Wilhelm an den Sultan.

Konstantinopel, 31. März. Kaiser Wilhelm dankte dem Sultan für das Kondolenztelegramm, das anlässlich des Todes des Oberleutnants von Schlichting aus Konstantinopel in Berlin eingetroffen war. Der Kaiser hob hervor, daß der Heimgang dieses tüchtigen Offiziers, dessen ausgezeichnete Eigenschaften er persönlich hoch schätzte, ihn besonders nahe gegangen sei.

Der Prozeß gegen die „Lorraine sportive“.

Metz, 31. März. Unter ganz gewaltigem Andrang des Publikums sowie von Vertretern der in- und ausländischen Presse begann heute vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen die Mitglieder der „Lorraine sportive“. Die Vereinigung, die in dem Verdict steht, unter dem Deckmantel sportlicher Veranstaltungen in der Hauptstadt das Ziel zu verfolgen, unter der altkatholischen Jugend nationalfranzösische Gesinnung wachzurufen, hatte bekanntlich am 8. Januar trotz des Verbots der Polizei ein Konzert abzuhalten versucht. Als die Polizei die Veranstaltung aufhob, kam es auf der Straße zu antieutschen Kundgebungen. Wegen dieser Vorgänge stehen neun Personen unter Anklage.

Lebendig verbrannt.

Berlin, 31. März. Einen entsetzlichen Beschrennungstod erlitt die 44jährige Ingenieurfrau Paula Gerold in ihrer Villa in Eichwalde. Die Dame wollte in der Küche Feuer machen; dabei gerieten ihre Kleider in Brand. Da der Chemann bereits nach Berlin, wo er beschäftigt ist, aufgebrochen war und das neunjährige Töchterchen keine Hilfe zu bringen vermochte, hatte die Frau beim Eintreffen der Nachbarn bereits so schwere Brandwunden an der Brust erlitten, daß sie nach wenigen Minuten starb.

Schwere Explosion.

H. Kiel, 31. März. (Privat-Telegramm.) Auf dem Panzerkreuzer „York“, der in der hiesigen Kaiserlichen Werft liegt, erfolgte heute nachmittags um 4 1/2 Uhr beim Uebernehmen von Spiritus die Explosion eines Fasses Spiritus. Drei Maschinisten und ein Obermaschinist waren sofort tot. Die Leiden sind gräßlich verwickelt. Ein Maschinist und drei Heizer sowie ein Werftarbeiter wurden lebensgefährlich verletzt. Die Flotte hat im Hafen Halbtag gehei.

Graf Wolff-Metternich geistestant.

H. Berlin, 31. März. Graf Gisbert Wolff-Metternich, der Gatte der Schauspielerin Claire Kallentin, befindet sich noch in Unterzuchungshaft. Er ist gerichtlichlich auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Da von Seiten der Ärzte Befenken geltend gemacht worden sind, ob der Graf für seine Straftaten zur Verantwortung gezogen werden kann, so wird sich das Gericht in dieser Lage darüber schuldig machen, ob Metternich einer Anstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes zu überweisen ist.

Streifenachrichten.

h. Krefeld, 31. März. Die vereinigten Samtverband-Ausschüsse beschließen, die vorjährige Lohnbewegung wieder aufzunehmen. Sie fordern eine zehnpromzentige Lohnmehrschätzung.

Hannover, 31. März. Die beiden Offizierspiloten, Oberleutnant v. Eiler und Leutnant Radenthu, sind mit ihrem Zweibecker um 6,38 Uhr an der Jahrenwaader Heide glatt gelandet.

Lodz, 31. März. In Berlin hatte ein Lodzer Kaufmann um einige tausend Mark Strauchenebern gekauft. Als die Kiste in Lodz ankam, enthielt sie statt der Federn — Steine. Die Untersuchung ergab, daß ein Diebstahl vorliege, an dem vier Angefallte der Lodzer Fabrikbahn und drei Privatpersonen teilgenommen haben. Die Waren wurden beschlagnahmt, die Diebe und Heher verhaftet.

Christiana, 31. März. Der Ausstand der Eisen- und Metallarbeiter ist erklärt worden. Etwa 1500 Personen werden dadurch betroffen.

Luftschiffahrt.

Neue Rekord.

Aus Nijmegen-Montreux wird gemeldet: Der Flieger Ledrine ist von Montreux abgefahren und in Paris eingetroffen. Er ist mit einer Geschwindigkeit von 146 Kilometer in der Stunde gefahren.

Kirchliche Nachrichten.

Worms, Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pf. Nischke. Ab. 6 Uhr Passionsgottesdienst, deri.

Wittberg, Vorm. 10 1/2 Uhr Gottesdienst Pf. Nischke.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Laubergs Entlein. Roman von Fr. Behne. (Fort.) — Fremde Federn. Romanerzählung von Reinhold Ortman. — Literatur.

Retung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel, Eigenes Unternehmen, für Auslands- und Besondere Nachrichten: Carl Meißner; für Kunst- und Vermischtes: Albert Bartsch; für den Inseratenteil: Albert Bartsch; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — ungeschlüsselt Unterhaltungsblatt.

